Der Lissabon-Vertrag wird geändert

Für einen Rettungsschirm und härtere Sanktionen gegen Defizitsünder / Der EU-Gipfel

hmk./now. BRÜSSEL, 29. Oktober. Die Staats- und Regierungschefs der EU haben sich auf die Einrichtung eines dauerhaften Rettungsmechanismus für finanziell angeschlagene Staaten des Euro-Raums geeinigt. Dazu soll der Lissabon-Vertrag „begrenzt" geändert werden, wie die 27 Partner am Freitag auf einem Gipfeltreffen in Brüssel beschlossen. Der von Bundeskanzlerin Merkel geforderte Entzug der Stimmrechte für nicht solide wirtschaftende Staaten ist jedoch faktisch vom Tisch; inwieweit private Gläubiger bei der Rettung einbezogen werden, blieb zunächst offen. Der EU-Stabilitäts- und Wachstumspakt soll so überarbeitet werden, dass Mitgliedstaaten mit hohen Schulden oder einem hohen Haushaltsdefizit frühzeitig und härter bestraft werden. Auch die Qualität der Wirtschaftspolitik der Staaten soll dabei eine Rolle spielen. Die dafür nötigen Regeln wollen die Staats- und Regierungschefs bis Sommer kommenden Jahres verabschieden. Obwohl der EU-Haushalt nicht auf der Tagesordnung stand, machten der britische Premierminister Cameron und viele weitere Staats- und Regierungschefs auf dem Brüsseler Treffen deutlich, dass eine Erhöhung des Budgets angesichts der nationalen Sparanstrengungen äußerst maßvoll ausfallen müsse. Cameron hatte die Debatte darüber nach dem Vortrag des EU-Parlamentspräsidenten Buzek eröffnet.

Frau Merkel zeigte sich trotz des Widerstands gegen den Entzug von Stimmrechten und der offenen Fragen zur Ausgestaltung des dauerhaften Krisenmechanismus zufrieden. Die Beschlüsse seien ein Quantensprung. „Unser Geld, der Euro, wird insgesamt sicherer", sagte die Kanzlerin in Brüssel. Sie gab zu, dass die Staaten hart gerungen hätten. Freundschaften seien dabei aber nicht zerbrochen. Es sei sowohl um die Interessen Europas als auch die der einzelnen Staaten gegangen, sagte Frau Merkel unter Anspielung auf kritische Äußerungen des luxemburgischen Ministerpräsidenten Juncker und anderer Gipfelteilnehmer. Sie verteidigte die im Kreis der Partner kaum unterstützte Forderung, Mitgliedstaaten bei anhaltenden schwerwiegenden Verstößen gegen die Regeln der Währungsunion Stimmrechte im Ministerrat zu entziehen. Es sei ihr bewusst, dass viele Länder Schwierigkeiten mit diesem Vorschlag hätten. „Ich finde es aber auch sehr schwierig, wenn ein Land nicht dauerhaft für die Stabilität des Euro eintreten will", sagte Frau Merkel.

Ähnlich äußerte sich der französische Staatspräsident Sarkozy. Nicht Deutschland und Frankreich seien in erster Linie Nutznießer eines neuen ständigen Krisenmechanismus, sondern diejenigen Staaten, gegen die sich spekulative Angriffe aus den Finanzmärkten richteten, sagte der französische Präsident. Er sprach von einer „Stärkung der europäischen Solidarität ohnegleichen". *(Fortsetzung und weitere Berichte Seite 2, siehe Wirtschaft, Seiten 11und 12.)*

Quelle: FAZ vom 30.10.2010